

Der Zeitungs-Arbeiter

Schiffelung und Geschäftsstelle: Berlin O. M., Wustrow Str. 2/3
Gesamthaus: Röntgenstr. 1006, 1076 und 1222. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Zeitungsarbeiter Berlin

Versteht sich, daß Ihr nichts — Versteht alles!

Einzelne und Verbandsmitglieder sind an Otto Schmidt, Berlin O. M.
Wustrow Str. 2/3 (Telefonnummer 5886), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 3 M.,
Halbjährlich 6 M.,
Jahrespreis 12 M. für die dreifachste Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Unmöglich gewordene Politik!

In vergangenen Jahren ist oft die Frage aufgeworfen worden, was wichtiger wäre: eine rigorose Wirtschaftspolitik, welche nur die unumgänglich nötige Rücksicht auf den Menschen nimmt, oder eine weitgehende Sozialpolitik, die niemals den Menschen vergißt und bei Regelung aller Fragen ihn stets als das Wichtigste hervorhebt. Es kann manchmal zum augenblicklichen Vorteil gereichen, eine ausgesprochene Wirtschaftspolitik zu treiben; es kann aber später unberechenbarer Schaden daraus entstehen. Nehmen wir den Fall an, das Unternehmertum verlange zwei Stunden tägliche Mehrarbeit von der Arbeiterchaft; der Staat kommt diesem Wunsche nach und ändert die gesetzlichen Bestimmungen (siehe den Fall der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923). Das Unternehmertum — nicht die Arbeiterchaft — zieht nun einen Augenblick Nutzen aus dieser Veränderung der Lage. Es wird in der ersten Zeit etwas mehr produziert, das Land wird um eine Wenigkeit reicher an Waren — bis der Rückschlag eintritt: die Gesundheit der Arbeiter hat unter der erhöhten Arbeitszeit gelitten. Die Leistungen (Kranken- und Invalidenversicherung usw.) müssen durch erhöhte Ausgaben wieder einen Teil des Schadens gut zu machen versuchen. Zu allem Ueberflusse ist meistens auch der Produktionsapparat überspannt worden; man hat die kurze Zeit der Prosperität dazu benützt, um neue Anlagen zu errichten, alte zu erweitern. Sie werden beim Abflauen der günstigen Konjunktur zum Teil wieder überflüssig. Viele Anlagen, die heute stillliegen, wurden mit der Gesundheit von Millionen von Arbeitern ertauft.

Anläßlich einer Besprechung der Frage des Achtstundentages wies Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ (Oktoberheft 1926) auf die verderbliche Rückentwicklung hin, welche bei der Behandlung des Arbeitszeitproblems überall Platz gegriffen hat. Durch das

Vorgehen von Deutschland

das 1923 durch Gesetz erlaubt hatte, den Achtstundentag wieder zu durchbrechen, wurde das Gleichgewicht in bezug auf eine achtstündige Arbeitszeit, das zwischen den meisten Staaten damals bestand, gestört. Frankreich und Belgien konnten darauf hinweisen, daß sie ihren Wiederaufbau ohne Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt hatten, und in der Tschechoslowakei ist die finanzielle Gesundung ins Werk gesetzt worden, obwohl der Achtstundentag allgemein durchgeführt wurde. Auch der Dawesplan, auf den sich die deutschen Unternehmer bei der Forderung nach Mehrarbeit beriefen, erklärte ausdrücklich, daß die geforderten Mehrleistungen nicht auf Grund einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der Werttätigen durchgeführt werden sollten. Thomas legte weiter dar, daß das deutsche Beispiel in allen bedeutenden Industrieländern willige Nachahmung gefunden hat. Der Achtstundentag war schnell durchbrochen; schwerer wird es sein, die verschiedenen Staaten wieder zu einer einheitlichen Beobachtung des Achtstundentagsprinzips zu veranlassen.

Und Thomas weist ausdrücklich darauf hin, daß es äußerst notwendig wäre, eine Wandlung herbeizuführen; denn lange Arbeitszeit bzw. harte Arbeitsbedingungen bringen keine besseren Leistungen hervor. Er macht auf die vom Arbeitsamt veröffentlichte Erhebung über die Produktion aufmerksam, die wertvolles Material herbeigeführt hat zur Erhärtung dieser Auffassung. Und schließlich zitiert er jenen berühmten Bericht des Gewerbeausschusses (Industrial Commission) der Vereinigten Staaten, der sich auf die Zeugnisse von mehr als 700 Fachleuten stützt und lange ehe der Krieg begann veröffentlicht wurde. Das, was dieser Bericht ergab, ist dann durch die spätere Entwicklung der industriellen Praxis der Vereinigten Staaten bestätigt worden. Es sei hieraus folgende Stelle angeführt:

„Diejenigen Industrien, welche die kürzeste Arbeitszeit und die bestbezahlten Arbeiter haben, sind gleichzeitig diejenigen, deren Erzeugnisse die Vereinigten Staaten am leichtesten im Auslande absetzen. Eine neue Verkürzung der Arbeitszeit würde die Intelligenz und die Leistungen der Arbeiterchaft weiter verbessern. Eine Verkürzung des Arbeitstages hat niemals die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeiter auf dem Weltmarkt geschwächt. . . . Tatsache ist, daß Länder mit kürzerer Arbeitszeit zu billigeren Preisen produzieren als Länder mit längerer Arbeitszeit.“

Der Seemann braucht, sagt Albert Thomas, um festzustellen wo er ist, die Sterne. Für uns ist die Feststellung, wo wir sind, sehr leicht. Ein Bild über die gegenwärtige Lage zeigt, wo uns die rigorose Wirtschaftspolitik der Unternehmer hinführt hat.

Die längere Arbeitszeit hat Deutschland durchaus nicht reicher und blühender machen können, als es vordem war.

Wir haben obendrein noch ein Heer von Arbeitslosen erhalten, welches sich immer noch um 2 Millionen herum bewegt. Nahezu zwei Millionen Arbeitslose — und trotzdem Ueberstunden in allen Gewerben! Man bringt nicht genug Verstand auf, um dieses Kuriosum zu begreifen. Unsere heutige Wirtschaftsordnung stellt eben alles auf den Kopf. „Bernunft wird Uninn, Wohlthat Plage!“. In unserem letzten Konjunkturbericht, in dem wir wie üblich über die Wirtschaftslage der Textilindustrie

Aufsicht gaben, sind viele Klagen über unmäßig ausgedehnte Arbeitszeit enthalten. In vielen Fällen wird zuerst unter Hochdruck gearbeitet, und dann führt man eine Verkürzung der Arbeitszeit ein, die weit unter dem Normalen liegt. Zur Illustration einen Fall für viele: In einer Elberfelder Textilfabrik wurde wöchentlich 70, 80, ja bis 90 Stunden gearbeitet. Jetzt arbeitet dieser Betrieb natürlich wieder verkürzt.

Die deutschen Spitzenverbände der Gewerkschaften haben deshalb jetzt verlangt, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen diesen Mißständen ein Ende gemacht wird, und zwar muß eine Regelung bald erfolgen, denn die Verabschiedung des endgültigen Arbeitsschutzgesetzes, welches einstweilen zur Disposition steht, wird noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Die vielen Ausnahmen zur Durchbrechung des Achtstundentages, die durch die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 möglich sind, müssen damit ein Ende nehmen. Diese famose Verordnung bestimmt, daß im Prinzip der Achtstundentag in Deutschland besteht. Das Prinzip ist aber so sehr durchlöchert worden, daß davon nicht mehr viel übrig geblieben ist. Es wird aller Kraft bedürfen, um den Achtstundentag, so wie wir ihn haben wollen, in Deutschland wieder einzuführen.

Natürlich regen sich auch schon die Geister, welche in der Wiedereinführung des Achtstundentages eine Gefährdung

etriebsabteilung oder einzelner Arbeitnehmer an bestimmten Tagen regelmäßig unter der vorgeesehenen Grenze, so darf an den übrigen Tagen der gleichen Woche entsprechend länger gearbeitet werden.“ Das Entsetzen wächst, sieht man sich den § 14 an, welcher auseinandersetzt, wann Mehrarbeit zulässig sein soll. Diese kann, auch wenn die Arbeitszeit eines Betriebes nicht unter die vorgesehene Grenze sinkt, bis zu zwei Stunden täglich und bis zu zwölf Stunden wöchentlich (jedoch nur bis zu 60 Stunden eines Kalenderdritteljahres) zulässig sein. Durch Tarifvertrag kann noch bis zu 240 Stunden Mehrarbeit im Kalenderjahr vereinbart werden. Nun stelle man sich vor, daß Tarifverträge nicht immer freiwillig, also mit Zustimmung beider Teile, abgeschlossen zu werden brauchen. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, unter Umständen durch einen Zwangstarif eine erhöhte Arbeitszeit für sich herauszuholen.

Ein Gesetz, das durch solche Ausnahmen durchlöchert ist, besitzt nur einen zweifelhaften Wert. Glücklicherweise ist es erst ein Entwurf.

Den Gesetzesmachern im Reichsarbeitsministerium

scheint es wirklich schwer zu fallen, von ihrem Drange, den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ Rechnung zu tragen, abzustehen. Wenn man diese Geschäftigkeit dort oben sieht, denkt man an Heyjes Bierzeiler:

Wie aber jügl' ich mein Talent?
Es treibt mich ruhtlos wie im Fieber!
So tut, was ihr nicht lassen könnt,
Doch laßt sich's lassen, laßt es lieber.

Das Reichsarbeitsministerium sollte sich endlich auf seine Pflichten besinnen und den sozialreaktionären Kurs, den es bis jetzt eingehalten hat, aufgeben. Der Leiter dieses Ministeriums würde gut tun, sich zur Stärkung seines sozialpolitischen Gemüts, das, wie wir aus all den Vorgängen der letzten Jahre erfahren konnten, etwas verhärtet zu sein scheint, geeignetes Material zu verschaffen. Vielleicht liest er sich gelegentlich noch einmal das Rundschreiben des Papstes Leo XIII. über die Arbeiterfrage durch, das zwar schon ein bißchen alt ist, dessen einzelne Grundsätze aber doch hier und da wert wären, vertreten zu werden. Das, was in dem Kapitel über den staatlichen Arbeiterschutz enthalten ist, könnte auch heute noch jeden Sozialpolitiker interessieren. Es steht freilich nichts vom Achtstundentag darin, wohl aber manches, das man sich fest einprägen sollte: „Wie im Menschen alles seine Grenze hat, so auch die Leistungsfähigkeit bei der Arbeit, und über die Schranken des Vermögens kann man nicht hinausgehen. Die Arbeitskraft steigert sich freilich bei Übung und Anspannung, aber nur dann verspricht sie die wirklich auskömmliche Leistung, wenn zur rechten Zeit für Ruhe und Unterbrechung gesorgt ist. In bezug auf die tägliche Arbeitszeit muß also der Grundsatz gelten, daß sie nicht länger sein darf, als es den Kräften der Arbeiter entspricht.“ Es stehen noch ähnliche nette Sachen in dem berühmten Rundschreiben; diese kann jeder nach Belieben nachlesen. Es ist nur zu bedauern, daß sich Herr Brauns so weit vom Wege hat abdrängen lassen. Uns scheint, er hat den etwas schwierigen Versuch unternommen, „zween Herren“ auf einmal zu dienen: dem Unternehmertum und der Arbeiterchaft. Der Versuch ist mißglückt. Das Unternehmertum wollte nichts Halbes, sondern etwas Ganzes haben. Und man leitete eine Politik ein, die ihm fast unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit gestattete. Die Arbeiterchaft aber muß verlangen, daß sich das Reichsarbeitsministerium endlich seines Zweckes bewußt wird: ein Ministerium der Arbeit zu sein und nicht eine Behörde, welche den Unternehmerinteressen in allzu großer Weise entgegenkommt. Es ist die höchste Zeit, daß das Ministerium seinen Widerstand gegen den Achtstundentag aufgibt!

Diktaturlüsterne Schwerindustrie.

+++ Seit geraumer Zeit streitet man sich im Lager der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen. In der Öffentlichkeit ist vor allem der Konflikt Reusch-Klöckner besprochen worden, obwohl gerade er am wenigsten mit den bestehenden Gegenständen und eigentlichem Konfliktstoff zu tun hat. Der bekannte Zentrumsindustrielle Peter Klöckner, Leiter des Klöckner-Konzerns, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und sprach in aller Öffentlichkeit aus, daß er die Lage der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie auch für längere Zeit noch nur optimistisch betrachten könne. Herr Böglert vom Ruhrtruf und Herr Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, ziehen es aber ansehender vor, auch nach dem sehr guten Geschäft der Englandkonjunktur als die notleidenden Schlotbarone dazustehen. Deshalb nahmen sie Gelegenheit, auf den offiziellen Tagungen zweier rheinisch-westfälischer Industrieorganisationen sich in befannter Manier gegen den „ungerechtfertigten Optimismus“ Klöckners zu wenden. Worauf Klöckner prompt seinen Austritt aus diesen Organisationen erklärte. Ob dieser Austritt tatsächlich wird, muß abgewartet werden, denn nach den Statuten der in Frage kommenden Organisationen tritt die Kündigung erst nach Ablauf eines Kündigungsjahres in Kraft.

Angesichts dieser Entwicklung muß man sich vor Augen halten, daß Peter Klöckner nicht dem Ruhrtruf beigeirret



Ihrer Interessen sehen. Wunderbar klingt es, wenn die „Kölnische Zeitung“ (vom 26. November 1926) sagt, es sei von den Gewerkschaften unverantwortlich, noch in diesem Winter die Verwirklichung des schematischen Achtstundentages durch Notgesetz zu verlangen, „weil dadurch das ruhige Ausreifen der nationalen Arbeitsgesetzgebung, wie es durch die Londoner Arbeitszeitkonferenz gefördert wurde und nun durch Einbau der Arbeitszeitregelung in das geplante Arbeitsschutzgesetz zum Abschluß kommen soll, gestört würde“. Mit Befremden nimmt man wahr, daß die „Soziale Praxis“ (siehe Nr. 49/1926) den reaktionären Phrasen der „Kölnischen Zeitung“, die eifern sehr breiten Raum einnehmen, im wesentlichen zustimmt. Die „Soziale Praxis“, sonst das Organ begeisterter Sozialpolitiker, würde es nicht für glücklich halten, wenn man in den nächsten Monaten zu einer wesentlich starren Regelung der Arbeitszeit schreiben würde, als sie heute besteht. Vielleicht erhalten diese „Sozialpolitiker“ ihre Inspirationen auch aus der „Arbeitgeberzeitung“, denn dort schreibt man auch nicht mehr vom „krassen Unternehmerstandpunkt“ aus, sondern „einzig und allein aus schwerer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und unferes Vaterlandes“. Wenn man dann dazwischen gemühtlich gegen den Achtstundentag hegt, fällt das nicht weiter auf. Wir hätten es lieber gesehen, daß die „Soziale Praxis“ den neutralen Boden, auf dem sie sonst steht, nicht verlassen hätte.

Obwohl jeder, der sehen wollte, wahrgenommen hat, daß der Kurs, der seit 1923 (in welchem Jahre die Durchbrechung des Achtstundentages begann) eingeschlagen wurde, ein gefährlicher ist und zu nichts Gutem geführt hat, scheint man bei unseren maßgebenden Behörden doch nicht gewillt zu sein, fortan eine andere Richtung zu nehmen. Man gehorcht noch in untertäniger Weise jenen „Wirtschaftsführern“, die immer wieder die Notwendigkeit einer erhöhten Arbeitszeit beweisen wollen. Wie man solchen Wünschen in weitestem Maße entgegenkommt, können wir aus dem vor kurzem veröffentlichten Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz (siehe Reichsarbeitsblatt Nr. 45/1926) ersehen.

Der Teil, welcher die Arbeitszeit regelt, ist genau solch schiefes Nachwerk wie die noch laufende Arbeitszeitverordnung. Der Entwurf anerkennt zwar auch den Achtstundentag, gestattet aber eine Mehrarbeit bis zu 12 Stunden wöchentlich. Musterhaft ist § 19 Abs. 1 Ziffer 1: „Bleibt die Arbeitszeit der Arbeitnehmer eines Betriebes, einer Be-

ist. Er ist gegenüber dem von Böglar geleiteten Riesenruff-Laufwerk; natürlich aus Gründen, die mit seiner Eigenschaft als Anhänger der Zentrumspartei nicht das geringste zu tun hat. Weiter scheint Peter Klöckner auch in der Frage der Ferngasversorgung, die im Hinblick auf das Dividendeninteresse der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie heftig erörtert wird, eine wesentlich andere Stellung einzunehmen zu wollen als seine Standesgenossen; zum mindesten will Klöckner auf dem Gebiet der Herstellung synthetischen Stickstoffs und seiner Verwendung für irgendwelche Düngemittel eigene Wege gehen. Der Klöckner-Konzern ist so die Quelle eines Widerstandes, der gerade im Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikat und der Leitung des Ruhrtruffs über empfunden werden muß. Das um so mehr, als Klöckner die einzelnen Betriebe seines Konzerns technisch auf eine bemerkenswerte Höhe gebracht hat. Der Gegensatz im Falle Klöckner, zum Teil persönlicher Natur, scheint aber auch ganz allgemein durch die Entwicklung in der Spitzenorganisation des deutschen Unternehmertums, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, gegeben zu sein. Es gab eine Zeit, es war die schreckliche Zeit der deutschen Inflation, wo Hugo Stinnes im Reichsverband der Deutschen Industrie unumschränkt herrschte. Es gab nur ganz wenige im Unternehmertum, die es riskieren durften, sich gegen diese Diktatur aufzulehnen und wenn das mal geschah, endete die Revolte immer mit einer weiteren Befestigung der Diktatur Stinnes. Seit jener Zeit datiert auch das Abhängigkeitsverhältnis der weiterverarbeitenden Industrie von der Schwerindustrie. Die Fertigungsindustrie machte die Wirtschaftsführung der schweren Industrie mit, die, soweit die Lohn- und Preispolitik in Frage kommt, sich schwer an der Fertigungsindustrie rächte. Es ist eine Tatsache, daß die Wirtschaftskrisen seit der Restabilisierung auf dem Rücken der Fertigungsindustrie ausgetragen worden sind, wobei die Schwerindustrie immer die Ruhepol war. Nach dem Ableben des Diktators Stinnes schied auch im Reichsverband der Deutschen Industrie ein mehr demokratischer Wind zu wehen. Die Hoffnungen, die man an diese Wendung knüpfte, stellten sich aber als zu voreilig heraus. Jedenfalls ist zu konstatieren, daß starke Kräfte am Werk sind, an die Stelle der Stinneschen Diktatur eine ähnliche Einrichtung zu setzen, die unter Umständen ein Direktorium unter Führung des Generaldirektors Reusch von der Gute-Hoffnungshütte sein kann.

Bzüglich dieser Entwicklung selbst kann man vielleicht die Haltung der Leute im Klöcknerschen Lager als bewußte Abwehr bezeichnen. Sie stehen natürlich nicht allein und die Gründe, die die einzelnen Teile der deutschen Industrie auf die gemeinsame Linie einer Bekämpfung schwerindustrieller Diktaturpläne führen, sind höchst verschieden. Für uns kommt es darauf an, die für die kommende Entwicklung maßgebenden Ursachen aufzuzeigen. Anzuspüßen haben wir an die Rede des bekannten Großindustriellen Silverberg auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden, Frühjahr 1926. Silverberg sprach sich wahrscheinlich im Einvernehmen mit den führenden Männern im Reichsverband der deutschen Industrie, für ein Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft, insbesondere für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auf politischem Gebiete aus. Er waren damals schon geneigt, dieses Anerbieten als Ausdruck einer inneren Ueberzeugung und damit als durchaus ernst zu betrachten, weil es durchaus im Interesse des deutschen Unternehmertums lag. Man möchte sagen, die fortschreitende Umstellung in unserer Wirtschaft zwingt zur Demokratisierung in der Wirtschaft, die sich eben in einer Mitwirkung der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der allgemeinen und besonderen Wirtschaftsführung äußert. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung in ihrer Nummer

vom 23. Oktober 1926 selbst am besten dargelegt, indem sie folgendes schrieb:

„Leistungssteigerung ist nicht nur eine Sache der Technik und Organisation, sondern ebensosehr eine rein menschlich-psychologische Frage. Man kann in Fabriksbetrieben durch fortschreitende Verbesserungen der Produktionsanlagen gewiß den wirtschaftlichen Nutzeffekt dauernd erhöhen, ohne daß jedoch der unter den jeweiligen Verhältnissen mögliche Bestgrad der Leistung erzielt zu werden braucht. Das wird fast immer der Fall sein, wenn der Mensch die ihm innerhalb des Produktionsvorganges obliegende Arbeit nicht als „seiner“ Arbeit betrachtet, d. h. sich nicht als aktiv handelndes und persönlich verantwortliches Subjekt, sondern gleichsam als „mechanischen Antrieb“ fühlt, der sich notgedrungen in das Tempo des Arbeitsganges hineinfügen muß.“

Ist die zu erreichende Leistungssteigerung in der deutschen Wirtschaft aber eine menschlich-psychologische Angelegenheit, die sich in Amerika (collaboration and service) auf eine bestimmte Initiative des Arbeiters stützt, so konnte dem deutschen Unternehmertum der Gedanke nicht fernliegen, die allgemeinerwirtschaftliche Auffassung, die sozialistische Auffassung des deutschen Arbeiters von den wirtschaftlichen Dingen nach dieser Richtung hin auszunutzen. Man hat in dieser Beziehung von der Notwendigkeit gesprochen, die auf seiner sozialistischen Ueberzeugung beruhenden sittlichen Kräfte des deutschen Arbeiters in amerikanische Arbeitsenergien umzuwandeln. Wenn man die Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterschaft in Dresden grundsätzlich betonte, handelte es sich um kein sozialpolitisches Experiment, verursacht durch unklare Gefühle, sondern um den Anfang der Verwirklichung einer ganz bestimmten wirtschaftspolitischen Ueberzeugung, die noch zu allen Zeiten der Arbeiterschaft des Achtstundentags gemacht hat; eben weil die verfürzte und angemessene Arbeitszeit die größere Intensität der Arbeit bedingt. Angesichts des Ziels, die Betriebe wieder rentabel zu machen (auch mit Hilfe einer Leistungssteigerung, die zu guter Letzt auf die Mentalität des Arbeiters, auf seine allgemeine Einstellung zu seiner Arbeit usw. zurückging), hieß auch die Frage bei den sich für den Gedanken einsehenden Industriellen nicht, ein ehrliches oder ein unehrliches Angebot zu machen; vielmehr kam es darauf an, ob die eventuellen Konzessionen auf dem Gebiete der Lohn- und Sozialpolitik, also die Steigerung der Lebenshaltung des Arbeiters, die Erhöhung des Lebensstandards im entsprechenden Verhältnis zu der beabsichtigten Leistungssteigerung standen. Die Frage wurde in Dresden bejaht.

So schien man entschlossen, den Weg einer wirklichen Demokratisierung zu gehen. Für den Gedanken scheint vor allen Dingen Geheimrat Duisberg gewirkt zu haben. Er stellte auf Grund seiner amerikanischen Erfahrung fest:

„Der Ausländer arbeitet gern und willig. Ihm kommt es darauf an, daß sich sein Einkommen erhöht und die Produktivität seines Wertes und seines Landes sich steigert. In Deutschland dagegen sind viele der Arbeiter, obgleich sie den anderen Arbeitern der Welt überlegen sind, bedauerlicherweise der Ansicht, daß die Arbeit nichts anderes ist als ein Frondienst für die Unternehmer und Kapitalisten.“

Geheimrat Duisberg zählt zu denjenigen Industriellen, die jahrelang in „Wertgemeinschaftspolitik“ gemacht haben. Faßt er nun seine amerikanischen Erfahrungen in den von uns oben zitierten Sätzen zusammen, so bedeutet das eine Bankrotterklärung dieser Politik. Gerade diese Politik wird von einem bestimmten Teil der Schwerindustrie jener Auffassung entgegengestellt, aus der die Rede

Silverbergs entsprang. Kurz nach der Dresdener Tagung erlebte der Gedanke der Wertgemeinschaft in einem Kreis von Industriellen, der den sogenannten gelben Gewerkschaften nahesteht, seine Notgeburt. Ueberall in der Bewegung versuchte man gegenwärtig der gelben Bewegung mit dem Ziel einer künftigen Belebung der von Duisberg bankrott erklärten Wertgemeinschaft wieder auf die Beine zu helfen. Es geht um die Sabotierung jener Politik, die aus rein wirtschaftspolitischen Gründen die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens, das Zusammenarbeiten mit der deutschen Arbeiterschaft als unvermeidlich und notwendig ansieht. Es geht zuletzt um die Zukunft der deutschen Wirtschaft, um ihre Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Befürworter der Wertgemeinschaftspolitik haben sich augenscheinlich um den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Reusch geschart. Das Sprachrohr ist die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen, ein Organ, das in der Bekämpfung der Wertgemeinschaftspolitik anscheinend einen Unterschied zwischen den Gewerkschaften und den Leuten um Silverberg nicht mehr kennt. Es ist auch kein Wunder, daß diese Richtung ein Programm schwärzester Sozialrealität vertritt — und brennend auf den Augenblick wartet, die politische Macht zu erhalten; um dieses Programm zu verwirklichen. Daß Vernunft, technischer Fortschritt usw. eindringlich gegen dieses Programm sprechen, schert diese Herren sehr wenig; in dem Maße aber, wie sich ihre Machtfülle steigert, werden die Gegenkräfte im Lager der deutschen Industrie verdrängt. Eine besondere Betonung erhält die Entwicklung durch die gegenwärtige politische Krise. Gelingt der Rechtsblock, so sind Herr Reusch und die Seinen bereit, eine Aera des sozialen Rückschritts einzuleiten. Sie sind aber auch entschlossen, die Verwirklichung dieser Pläne zu erzwingen mit Hilfe eines Mißbrauches des Artikels 48 der Reichsverfassung und auf die Gefahr hin, die gesunde Entwicklung in unserem Wirtschafts- und geistigen Leben unheilvoll zu unterbrechen, wie das einmal der Kapp-Putsch getan hat.

Zum Lohnkampf in der badischen Textilindustrie.

Das Neujahrsgeschenk der Textilarbeiter. Ablehnung jeder Lohnerhöhung. — Ablehnung jeder Verhandlung.

Man schreibt uns: Wie im übrigen Deutschen Reich, so ist nun auch in Baden die Textilarbeiterschaft in einen Lohnkampf verwickelt worden. Die Textilarbeiterschaft, die seit Juni 1925, also seit anderthalb Jahren, immer noch zu den alten, geringen Löhnen weiterarbeitet, hat am 10. Dezember an den Verband der Textilarbeitgeber, Landesgruppe Baden, eine Lohnforderung in Höhe von 15 Proz. eingereicht. Kein Mensch, der die tatsächlichen Verhältnisse in der Textilindustrie kennt, wird eine solche Forderung, zumal nach einer für die Arbeiterschaft so verheerenden Krise, wie die des vergangenen Jahres, wo monatelang Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit an der Tagesordnung waren, für ungerecht finden. Man durfte deshalb mit Recht erwarten, daß die Arbeitgeber den verhältnismäßigen Rechnung tragend, wenigstens Entgegenkommen zeigen würden. Die gesamte Arbeiterschaft ist aber bitter enttäuscht worden!

Der Arbeitgeberverband hat es für gut befunden, nicht nur jede Lohnerhöhung, sondern auch jede Verhandlung von vornherein rundweg abzulehnen und die ablehnende

Arbeiterleben in Indien.

Eine Studienreise der Textilarbeitergewerkschaften. Von Franz Josef Furtwängler.

Bombay, im November.

Vor einigen Tagen sind wir, von Wien kommend, hier angelangt: Tom Shaw, der internationale Sekretär der Textilarbeiter, James Hindle und Markel Brothers, die Vertreter der englischen Textilarbeiterorganisation, Karl Schrader, der Vertreter der deutschen, die Sekretärin Miss Shaw und ich, der Dolmetscher. Von den Wundern dieses tropischen Märchenlandes haben andere erzählt. Wir sind hierher gefahren, um die Lage und das Leben der Arbeiter zu studieren, von ihnen soll auch hier zuerst die Rede sein.

Joshi, der indische Gewerkschaftsführer, empfing uns mit einer Delegation an der Landungsbrücke. Er dürfte etwa 50 Jahre alt sein, war ursprünglich Lehrer und wurde später Generalsekretär der „Servants of India“, einer über das ganze Land verbreiteten bürgerlichen philanthropischen Gesellschaft, die sich auch sozialreformerisch betätigt und mit den Gewerkschaften in sachlicher und persönlicher Verbindung sehr enger Art steht. Er stellt der Gewerkschaftsbewegung eine Reihe von Forderungen. Auch Joshi selbst versteht sein gewerkschaftliches Führertum als Beamtentum und beideter Beamtentum der „Servants of India“. Der Gewerkschaftsbewegung dient Joshi, wie alle intellektuellen Führer, chronisch. In der gegenwärtigen Versammlung, dem Parlament Indiens, ist er der einzige Sprecher der Arbeiterschaft, und zwar nicht als gewählter, sondern von der Regierung ernannter Abgeordneter. Ein Wahlrecht zum zentralen Parlament hat die indische Arbeiterschaft bis heute nicht, denn das Recht der Stimmabgabe ist an einen Jenius von 2000 Rupien jährliches Einkommen gebunden, während selbst die höchsten Arbeiterlöhne 700 Rupien schwerlich übersteigen.

Die aus der Arbeiterschaft selbst hervorgegangenen Gewerkschaftsführer sind noch sehr gering an Zahl, was begreiflich ist, wenn man bedenkt, daß selbst nur ein ganz kleiner Bruchteil der Arbeiter die Heimaltsprache zu lesen und zu schreiben versteht; indessen zum Führertum und dem damit verbundenen Umgang mit Amtsbekleidern, Behörden und Regierung notwendig auch die Kenntnisse des Englischen gehören. Diese „Literacy“ (Analphabetentum) bezeugen Joshi überhaupt als das schlimmste der zahlreichsten und schmerzhaftesten Hebel hier zu Lande. Nicht nur wird dadurch das Zusammenarbeiten zwischen Europäern und Indern in den Betrieben erschwert, und eine Quelle bedauerlicher Mißverständnisse und unaufrichtiger Beschwerden geschaffen; die Unkenntnis des Lesens und Schreibens erschwert auch das berufliche Fortkommen der wirklich tüchtigen und qualifizierten braunen Arbeiter in mechanischen Berufen usw., wo das Schreiben von Bestellzetteln, Lesen von Zeichnungsskizzen usw. erforderlich ist. Und daß es unter den Indern nur ihren eben Handwerks- und Kunsthandwerkstraditionen nicht wenige sehr geschickte Arbeiter gibt, haben wir sowohl im Textil- als im Metall- und Holzgewerbe bisher feststellen können. Es bedarf nur der besten Schulung, um hier Arbeiterqualitäten freizumachen. Die mit denen vordem abendländischen Nationen den Vergleich aushalten können. Der Beweis, daß diese Annahme richtig ist, liegt bereits in Tatsachen vor. Eine von uns besuchte

staatliche Eisenbahnwerkstätte unterhält Lehrschulen, die in Volksschulformen und technischem Wissen unterrichten. Der Erfolg zeigt sich darin, daß nicht nur die weit überragende Mehrzahl der Holz- und Metallarbeiter Indier sind, sondern auch der Stab des technischen Bureaus so gut wie ausschließlich braune Leute aufweist. Am schlimmsten aber wird doch durch die fast völlig fehlende Schulbildung der proletarische Befreiungskampf behindert. Man muß an die polnischen, italienischen, griechischen und anderen süd- und osteuropäischen Einwanderer der Vereinigten Staaten denken und diese kennen, um sich auch nur einen annähernden Begriff machen zu können von den unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten, denen hier jeder Versuch einer Gewerkschaftsgründung begegnet. Wir kamen aus dem Staunen nicht heraus, wenn trotzdem in wenigen Stunden Massenversammlungen von 2000 Personen zusammengebracht wurden. Ein klug und sehr individuell gestaltetes System von Vertrauensmännern ist dabei von großem Nutzen und ermöglicht überhaupt erst die Massenführung, wenigstens in der Mehrzahl der Fälle. Nicht immer: die Mustergewerkschaft der Prätextilfabrik Bombay, der Verband der Leinwand- und Postangestellten, besteht aus lauter Mitgliedern, welche nicht nur mindestens zwei indische Landessprachen und die Schriften mehrerer indischer Dialekte, sondern auch das Englische beherrschen.

Die erwähnten Versammlungen sind jedesmal von neuem sehr reich und immer wieder interessant infolge der Verschiedenartigkeit der Zusammenfassung. Gleich bleibt stets nur die rührende Herzlichkeit, mit der wir empfangen werden. Blumensträuße und wunderwoll gewundene Girlanden, mit denen wir regelmäßig überhäuft werden, sind das landesübliche Zeichen eines besonders freundschaftlichen Willkommengruges. In jeder der Versammlungen wurden uns — zuweilen schriftlich fixiert — die drückendsten Sorgen und Schmerzen der jungen Arbeiterbewegung vorgetragen. Einen erschütternden Eindruck erlebten wir bei solcher Gelegenheit, als sich uns im vollen Meeting die Invaliden der Industrie präsentierten — der eine mit zerquetschter Hand, der andere mit amputiertem Fuß. Das waren ausgehungerte Knochengerüste, spinnendürre Arme und Beine aus spärlichen Lumpen guckend, den Kopf mit einem armselichen, schlecht gewundenen Turban bedeckt. Bilder des Grauens. Dem hat die Maschine die Hand zermalmt. Des anderen Bein wurde nach ähnlichem Unfall abgenommen, aus dem Hospital hat man ihn so rasch wie möglich wehumpeln lassen. Der Arbeitgeber aber erklärt bedauern zu müssen, daß sein Fall von der Unfallgesetzgebung des Landes nicht berührt werde und er, der Arbeitgeber, somit von der Verantwortung und Leistung entlassen sei. So stehen sie da, schauen mit den großen braunen Augen fragend uns an. Niemand sorgt für sie. Die Delegierten mögen ihren Fall dem Gouverneur vortragen und, wenn möglich, auch dem Bischof. Die Gewerkschaft hat ihnen bereits den Arzt bezahlt. Mehr kann sie nicht tun, das sagen sie selbst, denn der Verband habe mit seiner Einnahme von je vier Annas (60 Pfennig) monatlichem Mitgliedsbeitrag noch mehrere ähnliche Fälle zu bestreiten, stelle auch Rechtsbeihilfe, wenn möglich und nötig. Reguläre Unterstützungen in Krankheits- und Unfallfällen könne er unmöglich zahlen.

Welche Aufgaben hat hier noch die Arbeiterbewegung zu erfüllen — die heimische wie die internationale!

Ja, hier in Bombay kann man alle Stadien der Zivilisationsentwicklung in einer einzigen Stadt, auf engem Raume, wie an einem Ausstellungsmodell demonstriert sehen: Höhlenmenschenentum aus bitterster Armut an den Stadträndern, wo Mensch und Vieh in Höhlen und Höfe gepfercht sind; Mittelalterkultur und buntes Volksleben in den Brennpunkten des Eingeborenenunterlebens; englischer und deutscher Frühkapitalismus in der Arbeiterbebauung (viel schlimmer natürlich und schwerlich vergleichbar, weil es ja „nur“ „natives“ sind); Hochkapitalismus in der Fabrikmaschinen- und -organisation, im Bau- und Verkehrswesen; Ueberzivilisation in den Hotels und Stadtteilen des Europäerums, die nur dadurch sich von denen Berlins und Londons unterscheiden, daß in Hausnischen, auf Straßen und auf Denkmalspodestn eingeborene arme Teufel ihr Ruhelager suchen. Eingewickelt in ein weißes durchsichtiges Tuch zum Schutze gegen Moskittos liegen sie ohne weitere Unterlage, ohne Kopfkissen auf dem steinernen Ruhebett.

„Sie haben es früher auch nicht anders getannt“, hört man hier zuweilen sich das Europäergewissen beruhigen. Das mag stimmen. Und wenn wir in Büchers ökonomisch-historischen Schriften von Stämmen in Zentralafrika lesen, die tags nach Früchten und kärglicher Nahrung zusehen, um sich bei Anbruch der Nacht unter Baumwurzeln zu verkriechen, so wissen wir, daß es sich um Menschen handelt, die sich in einem Stadium der Entwicklung befinden, wo sie nehmen, was die Natur gibt, und dieser Natur leicht und früh zum Opfer fallen, weil sie nicht die technischen Waffen und Mittel besitzen, mit denen die Zivilisation diese selbe Natur bändigt. Aber unter denjenigen, die hier dem Regen und der Hitze schutzlos ausgeliefert sind, befinden sich nicht wenige solche, die in harter Tagesarbeit den Reichtum der Zivilisation mehrern helfen, die Stoffe weben, ohne selbst das notwendige Kleid zu besitzen, die schustern, ohne selber Schuhe zu haben, die Häuser bauen, ohne es selbst auf ein Nachtlager zu bringen.

Vollends kläglich ist die billige Lebensart, das indische Volk habe keine höheren Bedürfnisse. Kein Indier, der es anders kann, legt sich auf die Straße schlafen oder wälzt sich in einer Höhle, teurer, der über die nötigen Rupien zu einem anständigen Kleide verfügt, wickelt sich in schmuckige, schweißgetränkte Lumpen. Wir haben bei der ärmsten Klasse in den erbärmlichsten Höhlen die Reinlichkeit der Kochgeschirre bewundert und nicht weniger die Trockenplätze ihrer Leibwäsche, wo der letzte Lumpen, sorglich gewaschen, zum Trocknen aufgehängt wird. Daß auch nach einer ordentlichen Unterzucht bringendes Verlangen gerade unter den ärmsten Arbeitern besteht, zeigt die stets wiederholte Klage ihrer Führer darüber, daß Arbeiter der Industrie genötigt sind, auf öffentlichen Plätzen in ihrer Tageskleidung sich im Staube zu wälzen.

Diese Menschen sind keine von der Natur verurteilten Höhlenbewohner. Sie haben Kulturbedürfnisse, die kaum erst geweckt zu werden brauchen, aber nicht befriedigt werden können, derweil sie den Reichtum anderer mehrern. Und in diesem Bewußtsein, das beim indischen Arbeitervolke zweifelsohne vorhanden ist, besteht die Tragik, die dies Volk mehr bemitleidenswert macht als den Höhlenbewohner des Urwaldes, dessen Anlage sich nicht gegen eine ungerichtete gesellschaftliche Ordnung richtet. (Aus dem „Vorwärts“.)

Antwort an die Textilarbeiterverbände durch Wolffs Telegraphenbureau in der badischen Presse bekanntgemacht. Dieser Aufmachung der ablehnenden Antwort sieht man von weitem an, daß sie auf möglichst suggestive Einwirkung auf die Öffentlichkeit zugeschnitten ist. Hierbei hat man es sehr eilig gehabt, denn diese in Wolffs-Meldung verwandelte Antwort an die Arbeiterorganisationen hat den Zeitungsdruckereien bereits einen Tag früher zum Druck vorgelegen, als sie den Gewerkschaften in die Hand kam. Eine ganz eigenartige neue Methode.

Was mit dieser Notiz bezweckt werden soll, ist unschwer zu erkennen. Vor allem geht sie darauf aus, das alte Lied von der „traurigen Wirtschaftslage der Textilindustrie“ zu singen und damit in der Öffentlichkeit eine irrtümliche Meinung zu erzeugen. Sie soll ferner dazu dienen, schon frühzeitig auf die Schlichtungsinstanzen einzuwirken, um zu gegebener Zeit den Boden für die Pläne der Arbeitgeber vorzubereiten. Schließlich soll sie — es klingt zwar paradox — eine Beschäftigung für die Arbeiter sein und zugleich ein Einschüchterungsversuch, um sie vor der vermeintlichen neuen Arbeitslosigkeit, die auch eine nur geringe Lohnerhöhung im Gefolge haben müßte, graulich zu machen.

Wir begnügen uns für heute mit diesen wenigen Feststellungen, halten es aber doch für notwendig, darauf hinzuweisen, daß das Verhalten der Arbeitgeber in tristem Widerspruch zu den Tatsachen steht, denn seit Wochen ist der Großteil der Textilindustrie mit Aufträgen so überhäuft, daß man dazu übergegangen ist, bis zu 54 Stunden und darüber in der Woche zu arbeiten, und selbst davor nicht zurückzusehen, an die Arbeiterschaft das Ansehen zu stellen, durch die Weihnachtstage verlorengegangene Arbeitsstunden an anderen Wochentagen nachzuarbeiten; das Urteil hierüber überlassen wir gekostet dem Leser. Soviel für heute. Den weiteren Werdegang dieses Lohnkampfes wird nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die gesamte Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgen.

Zum Lohnstreit für die Textilindustrie Ostfachsens.

Am 30. Dezember 1926 fand in Neugersdorf im Restaurant „Zum Ruchbaum“ eine Konferenz der Gewerkschaften, die an den ostfachsenschen Tarifverträgen der Textilindustrie beteiligt sind, statt. Erfreulich war es, daß auch in dieser Konferenz die in den Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen die Mehrheit bildeten, und zwar stellten sie über zwei Drittel der Delegierten. Das Referat erstattete der Kollege Heibel von der Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Er berichtete von den Verhandlungen, die zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband stattgefunden hatten, in ausführlicher Weise. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Resolution, und zwar im 1. Teil einstimmig, im zweiten Teil gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 30. Dezember 1926 im „Ruchbaum“ in Neugersdorf tagende Konferenz aller Gewerkschaften erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Heibel einverstanden. Die Konferenz billigt die Haltung der Verhandlungskommission, die sie in allen statutenmäßigen Verhandlungen eingenommen hat, um die Forderungen der Arbeiterschaft zur Anerkennung zu bringen.“

Den Spruch des Schlichtungsausschusses Dresden nimmt sie, obwohl nicht alle Forderungen damit anerkannt sind, auf Grund der gegebenen Verhältnisse an.

Sollten die Unternehmer den Spruch ebenfalls annehmen, so dürfte damit der Wirtschaftsfriede in Ostfachsens gewahrt bleiben. Im anderen Falle würde es zu Kampfhandlungen kommen, an denen gegen 45 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen, außer den sogenannten Berufsfremden, Handwerker, Metzger usw., beteiligt wären.

Nachkampf um Hammerfen.

Am 31. Dezember 1926 fand in Osnabrück eine vom Vorstand der Hammerfen u. G. einberufene außerordentliche Generalversammlung statt. Die Vorgeschichte, die zu dieser Generalversammlung führte, war kurz folgende: Am 21. Januar 1925 hatte die außerordentliche Generalversammlung eine Kapitalerhöhung um 8 Millionen Mark genehmigt. Auf Grund dieses Beschlusses übertrug die Hädler-Gruppe die Vollmacht über ein Bankenkonzernium (Barmer Bankverein) auf sich selber und übergab im November 1925 ohne Mitwissen des Gesamtausschussesrats 5 Millionen Mark an ein sogenanntes Konfession II, das die Aktien mit 25 Prozent Einzahlung übernahm. Das Konfession II hatte die Aktien bestens im Interesse der Gesellschaft zu verwalten. Da die Frist für die Durchführung der Emission Ende Dezember 1926 abließ, forderte die Hädler-Gruppe im November vorigen Jahres die drei im Aufsichtsrat der Hammerfen u. G. befindlichen Vertreter der Dierig-Gruppe auf, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die restlichen 3 Millionen Mark vorläufig zur Verfügung der Gesellschaft gehalten werden. Diesem Verlangen kam die Hädler-Gruppe nicht nach, worauf die Dierig-Gruppe sich veranlaßt sah, ihre Mitwirkung bei der Durchführung der Kapitalerhöhung zu verweigern. Auch dem Vorschlag Hädlers, die Angelegenheit auf unbestimmte Zeit zu vertagen, glaubte die Opposition nicht entsprechen zu können, da sie der Auffassung war, daß eine Notwendigkeit für diese Kapitalerhöhung nicht besteht, zumal auf Grund der früheren Erhöhungen noch 8,25 Millionen Mark, das sind nicht ganz 30 Prozent des Aktienkapitals, Einzahlungen auf das bereits begebene Kapital ausstehen.

Die aus diesem Grunde einberufene Generalversammlung, bei der übrigens die Beschlüsse ausgeführt worden sind, verlief nach dem „Berliner Tageblatt“ Nr. 618 vom 31. Dezember 1926 wie folgt: „Auf der Generalversammlung waren von einem Gesamtkapital von 25,1 Millionen Mark, auf das aber bekanntlich noch 4,35 Millionen Mark Einzahlungen fehlen, 14,908 Millionen Mark vertreten. Davon vertrat die Opposition unter Rechtsanwalt Dr. Retter, Berlin, 5 657 000 Mark. Hieron gehörte der größte Teil, etwa

4 Millionen Mark, der Dierig-Gruppe, während der Rest sich auf Deponentenaktien, die die Großbanken gegen die Verwaltung zur Verfügung gestellt hatten, verteilte. Als zweiter Opponent war Professor Geiler, Mannheim, mit 1 461 800 Mt. Aktien zugegen. Dem Vernehmen nach vertrat Professor Geiler ebenfalls eine größere Interessengruppe aus der Textilbranche. Die restlichen Aktien standen im wesentlichen der Verwaltungsgruppe Hädler zur Verfügung.“

Nach Eröffnung gab der Vorstand zunächst eine kurze Erklärung über die von der Verwaltung beantragte Fristverlängerung für die am 21. Januar 1925 beschlossene Kapitalerhöhung ab, die mit 1 Million Mark noch nicht durchgeführt ist, aber mit dem heutigen Tage verfallt. Er berief sich darauf, daß die Verwaltung rechtmäßig zu diesem Antrag verpflichtet sei. Man sei allerdings der Ansicht, daß zwingende Gründe für die Begebung der übriggebliebenen 1 Million Mark zurzeit nicht vorliegen. Inwieweit sei die Verwaltung damit einverstanden, daß die Emission unterbleibt. Man müsse aber trotzdem den Antrag aufrechterhalten, eben um den rechtlichen Erfordernissen zu genügen.

Hierauf ergriff Rechtsanwalt Dr. Retter das Wort. Er ging zunächst ausführlich auf die Vorgeschichte der Kapitalerhöhung vom Januar 1925 ein, stieß dabei die bekanntlich geheilterte Interessengruppe mit Dierig und widerlegte auf Grund von teilweise neuem, recht ausschlagreichem Aktenmaterial aus dem Besitz der Dierig-Deute, die im Aufsichtsrat von Hammerfen sitzen, die von der Verwaltungsgruppe Hädler vorgebrachten Darlegungen. Aus seinen Ausführungen ging schlußfolg hervord, daß es sich für die Gruppe Hädler bei ihrem jetzigen Antrag lediglich darum handelte, ihre Verwaltungsposition zu stärken, obwohl diese bereits über große Beträge zweihundertstimmiger und sechzigstimmiger Schutz- und Vorzugsaktien verfügt. Ein Kapitalbedarf ist bei der Gesellschaft, wie auch von der Verwaltung zugegeben werden mußte, nicht vorhanden. Professor Geiler schloß sich den Ausführungen des Vorredners an. Er richtete gegen die Verwaltungsaufträge scharfe Angriffe und erklärte, daß der Fall Hammerfen einen der schlimmsten Auswüchse in der deutschen Aktienpraxis darstelle. Man gehe nicht zu weit, wenn man von einer richtigen „Kasrierung“ der freien Aktionäre spreche. Diese Feststellung ist um so bemerkenswerter, als Professor Geiler bekanntlich der Aktienrechtskommission des deutschen Juristentages angehört und dort nicht zu den unbedingten Reformfreunden gehört. Der Aufsichtsratsvorsitzende wußte auf die ausführlichen Darlegungen der beiden Opponenten nichts Stichhaltiges zu erwidern. Er beschränkte sich darauf, festzustellen, daß die Verwaltung keinen ordentlichen Rechtsbeistand zur Verfügung habe, und daß bei allen Debatten ja doch nichts Positives herauskomme. Deshalb lehnte er ein Eingehen auf die Materie kurzerhand und schroff ab. Die Opposition erklärte hierauf, daß sie der jetzt von der Verwaltung eingeschlagenen Politik nicht folgen werde, weil der Rückzug, den die Gruppe Hädler mit dem Verzicht auf die Emissionsverlängerungsverluste antrete (Herr Hädler erklärte, daß er und seine Freunde sich bei dem von ihnen eingebrachten Antrag der Stimme enthalten würden), lediglich verhindern solle, daß die Vorgänge innerhalb der Verwaltung und die den Großaktionären zugesprochenen Sonderrechte unterjocht und publiziert werden. Deshalb stellte Rechtsanwalt Retter den Antrag auf Niederlegung einer Revisionskommission, die alle mit der Emission zusammenhängenden Vorgänge prüfen solle.

Professor Geiler schloß sich diesem Verlangen an. Der Aufsichtsrat schlug, um diesen Antrag zu beraten, eine kurze Unterbrechung der Generalversammlung vor. Das geschah. Nach Wiedereröffnung wurde zunächst über den Emissionsantrag abgestimmt. Dagegen waren 36 062 Stimmen. 74 541 Stimmen blieben neutral und für den Verwaltungsantrag erhob sich niemand. Damit entfiel also die Begebung der restlichen 1 Million Mark. Im Anschluß hieran wurde über den Antrag auf Einlegung der Revision verhandelt. Zuvor erklärte Dr. Retter noch, daß seine Mandanten keineswegs die Absicht hätten, sich in Internia, an denen sie vielleicht als Konkurrenten Interesse hätten, einzubringen, sondern daß es ihnen lediglich darum zu tun sei, wieder ordentliche und saubere Verhältnisse zu schaffen. Deshalb verzichtete Dr. Retter auf die Benennung von Kommissionsmitgliedern. Die Verwaltung machte sich nach dieser Erklärung den Revisionsantrag selber zu eigen mit der Maßgabe, daß die Handelskammer Hannover die Prüfung vornehmen soll bzw. wenn sie sich nicht dafür geeignet oder zuständig hält, eine unabhängige Treuhändergesellschaft mit ihr beauftragt werden soll. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Weitere Erklärungen seitens der Verwaltung sind nicht gegeben worden.“

Der Einzug der Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, Ende Dezember 1926.

Man räfelt zurzeit in Frankreich, auch in Gewerkschaftskreisen, sehr viel herum, ob der augenblickliche Krisenzustand als Beginn einer Arbeitslosigkeit in Frankreich zu bezeichnen ist, oder ob eine Anwendung des Wortes „Arbeitslosigkeit“ auf die jetzigen französischen Wirtschaftsverhältnisse angesichts des gewaltigen Heeres Arbeitsloser in anderen Ländern einen falschen Eindruck von der französischen Lage geben könnte. Tatsache ist, daß die Gegenwart traurige Aussichten für die Zukunft eröffnet. Das englische Pfund wurde am 21. Juni an der Pariser Börse mit 248 Franken bewertet, und heute gilt es nur noch 119. Nun waren gewiß am 21. Juni von den französischen Kaufleuten nicht allzu viel Käufe getätigt worden, aber das englische Pfund stand vorher monatelang auf etwa 190. Und so gleichen sich dem die Waren immer mehr an. Der Fall bis auf 119 hat bewirkt, daß der Goldwert der französischen Preise bereits auf 140 steht, während der Index für Mitteleuropa 125 lautet. Die französischen Waren sind also im Inland bereits teurer als im Ausland. Der Export stockt, und der Import schließt auch ein, weil der Käufer fehlt: Jeder erwartet ein Ansteigen der Preise an den niedrigen Punktkurs und, wie einst in Deutschland nach der Inflation, so möchte nun auch hier keiner den Anfang bei der Preisherabsetzung machen.

Das Fehlen des Käufers hat sofort seinen Niederschlag auf dem Arbeitsmarkt gefunden. Es gibt Luxusgeschäfte, die seit August auch nicht ein einziges Stück Ware mehr absetzen konnten. So wüßte diese Wirtschaftskrise in der Textilindustrie zu Elbeuf, in der Woll-, Baumwoll- und Seidenfabrikation von Roubaix und Tourcoing, im Schuhgewerbe von Issoudun und Fougeres, in der Textilindustrie von Amiens, in der Pariser Autoindustrie und in den Seidenfabriken von Lyon, wo Herriot noch immer Bürgermeister ist.

Was sagen dazu die offiziellen Zahlen? Frankreich erlebte den Höhepunkt der Arbeitslosigkeit am 6. März 1921. Bei der Volkszählung, die an jenem Tage stattfand, wurde festgestellt, daß Frankreich 537 006 Arbeitslose zählt, wovon 91 225 eine Arbeitslosenunterstützung erhielten. Diese Ziffer senkte sich bald. Januar 1922: 10 071, Januar 1923: 2674, Januar 1924: 1227, Januar 1925: 705, Januar 1926: 547. Noch Anfang Dezember lautete die Zahl: 571 (452 Männer und 119 Frauen), da viele Industrien noch lange Zeit eine abwartende Stellung einnahmen, bevor sie zur Entlassung schritten. Aber nun stieg diese Zahl in den letzten Dezembertagen plötzlich bis auf 6703 (4609 Männer und 2094 Frauen). Es gibt in Frankreich 264 Kassen für Arbeitslosenunterstützungen, wovon 233 städtisch sind und die übrigen 31 den Departements unterstehen. Bisher hatten sieben Departements und 39 städtische Kassen Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen (in den letzten Novembertagen nur 4 Departements- und 15 städtische Kassen). Da sich der französische Arbeiter zur Arbeitslosenunterstützung natürlich erst anmeldet, wenn er im letzten Heuch liegt (der ausländische Arbeiter in Frankreich wird überhaupt nicht unterstützt, wovon Paris eine Ausnahme macht), ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Frank-

Woh, du bist frei — frei wie du niemals warst! *
Nun beachte deine Freiheit: mach's, nicht!

FRAUENTEIL

wach den Geistern die daß du offenbart,
* wie leicht bequemt dein Fuß ins neue Schicksal
2 Seiten.

Die Wohnung der berufstätigen Frau.

Die Wohnungsfrage der berufstätigen Frau ist nicht erst durch die heutige Wohnungsnot veranlaßt worden; ihre Lösung hat durch diese nur eine Erschwerung erfahren. Es handelt sich bei ihr nämlich nicht allein und in erster Linie um die Wohnungsbeschaffung, sondern vor allem um die Wirtschaftsweise. Die Rückwirkungen, die sich daraus auf Beruf und Freizeit, sowie auch auf Gesehtheit und auf die Teilnahme am öffentlichen Leben ergeben, verleißen ihr Bedeutung für die Lebensgestaltung im allgemeinen.

Die heutige Form des Wohnens ist auf die Familie abgestellt; sie setzt voraus, daß Kräfte zur Bewirtschaftung in genügendem Maße vorhanden sind. Sie ist demzufolge nicht die angemessene Form für die Frauen, deren weite Arbeitskraft durch eine Berufsarbeit beansprucht wird, die die Wirtschaftsführung im Nebenamt erledigen müssen. Die Fragestellung ergibt sich also, und müßte sich mit Notwendigkeit ergeben aus der Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit, wie sie im Laufe des letzten Jahrhunderts vor sich gegangen ist.

Für die allein stehende Frau vergangener Zeiten boten sich in der Wohnfrage verschiedene Lösungsarten: Entweder sie verbrachte in einer kleinen Eigenwohnung ihr Leben, dessen Hauptinhalt fast ausschließlich die Sorge für Heim und Wirtschaft darstellte, oder sie suchte sich innerhalb der Familie nützlich zu erweisen. Eine andere Möglichkeit war für sie noch gegeben, indem sie sich in ein Heim einmietete.

Eine einheitliche, für jeden Sonderfall geeignete Lösung für die Gestaltung der Wohn- und Wirtschaftsverhältnisse berufstätiger bzw. erwerbstätiger Frauen wird sich naturgemäß nie finden lassen, sondern im einzelnen werden immer dafür Beruf, Alter, Ort, soziale Lage und Stellung sowie Veranlagung, Geschmack, Gesundheitszustand, Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen mitbestimmend sein. Diese Tatsache entbindet jedoch nicht von der Aufgabe, die bestehenden Verhältnisse einmal kritisch zu prüfen und zu erwägen, ob sich nicht neue zweckmäßigere Wohn-typen schaffen lassen, die für viele Frauen eine wesentliche Verbesserung ihrer Daseinsgestaltung bedeuten würden.

Im allgemeinen bieten sich den berufstätigen Frauen von heute drei Möglichkeiten für die Wohnungsgestaltung, nämlich: 1. in der Familie, 2. in eigener Wohnung, 3. als Untermieterin in fremder Wohnung. Von Interesse ist dabei die Beziehung zwischen Lebensalter und Wohnweise, allgemein steht fest, daß die älteren erwerbstätigen Frauen häufiger einen eigenen Haushalt haben, wofür ja viele Tatsachen sprechen, die mit dem Familienleben und mit dem Selbständigwerden der Frauen im Zusammenhang stehen. Ein anderes ausschlaggebendes Moment für die Wohnungsgestaltung ist die Verdienstmöglichkeit. Doch charakteristisch für die Mehrzahl aller berufstätigen Frauen ist, daß sie neben ihrer Erwerbsarbeit fast durchgängig sehr viel Zeit und Kraft für die Erledigung wirtschaftlicher Angelegenheiten verwenden. Das erklärt sich wohl daraus, daß ihnen die Übernahme häuslicher Arbeiten durch Tradition und Erziehung zur Gewohnheit geworden ist, ganz abgesehen davon, daß für die meisten keine Möglichkeit besteht, sich bezahlte Kräfte zu ihrer Hilfe heranzuziehen.

Eine Veränderung ist daher im Interesse der Volkswirtschaft und im Interesse weiblicher Leistungsfähigkeit dringend erforderlich. Außer einer gründlichen Berufsausbildung ist eine Berufserziehung notwendig, die die Zusammenfassung der Kräfte auf die Berufstätigkeit stärker in den Mittelpunkt stellt. Ferner ist die Beschaffung von Wohngelegenheiten geboten, die durch möglichst zweckmäßige Ausgestaltung den Kräfteverbrauch für die wirtschaftliche Versorgung auf ein Mindestmaß herabsetzen. Dabei sei in erster Linie auf die Anwendung der technischen Errungenschaften unserer Zeit für den Haushalt hingewiesen. Auf dem Gebiete der Wohnungsgestaltung erschließt sich für die Frauen selbst ein sehr dankbares Betätigungsfeld,

in Reich, Staat und Gemeinden, in den Wohnungsausschüssen müssen sie ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß unter anderem Wohngemeinschaften gegründet werden, die es ermöglichen, die stets unersparlich viel teure Wirtschaftsführung eines Einzelmenschen durch Zusammenlegung bestimmter Wirtschaftsverrichtungen zu verbilligen. Die Frage des Großhaushaltes, die Frage von Volkswaschkhäusern, die Frage von kommunalen Kinderheimen und anderes mehr bedürfen gerade heute in einer Zeit der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit einer besonderen Erörterung.

Ueber den Charakter der bisher in erster Linie in Betracht kommenden Wohnweisen ist zu sagen: Das Wohnen innerhalb der Familie stellt selbstverständlich auch für die berufstätige Frau die natürliche Lebensform dar, vor allem wenn es sich um eine Gemeinschaft mit den Eltern, einem Elternteil oder mit alleinlebenden Geschwistern handelt. Das Zusammenleben bietet ihr die gesellige Anregung, die gerade neben einer starken beruflichen Belastung notwendig ist; es vermag auch manchmal gewisse Erleichterungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Belastung zu verschaffen. Trotzdem bringt diese Lebensform häufig Schwierigkeiten mit sich, und zwar vor allem deswegen, weil von selten der Familie der Beruf der Tochter sehr häufig nicht so gewertet wird und die Distanz dann nicht aufgebracht wird, die dem des Sohnes ganz selbstverständlich ist. Das führt vielfach zu einer so weitgehenden seelischen Inanspruchnahme und Einzwängung in Familienverbindungen, daß die Leistungsfähigkeit dadurch bedroht wird. Außerdem sind die Fälle nicht selten, in denen statt der wirtschaftlichen Entlastung durch die Familie eine noch größere Belastung verursacht wird. Deshalb muß im allgemeinen auf eine andere Einstellung der Familie im Interesse derer, die in ihrem Selbstbehauptungskampfe viel Kraft zusetzen müssen, mit Nachdruck hingearbeitet werden.

Die eigene Wohnung stellt wohl das Ideal der meisten beruflich selbständigen Frauen dar. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Bewirtschaftung ergeben, sind im wesentlichen wirtschaftlicher Natur, da, wie bereits erwähnt, die Einzelwirtschaft sehr teuer und neben der Erwerbsarbeit vielfach zu arbeitsbelastend ist. Hinzu kommt heute bei der herrschenden Wohnungsnot die Schwierigkeit, daß man den alleinlebenden Frauen die Wohnberechtigung verweigert bzw. den Anspruch auf eine Wohnung sehr erschwert. Nur eine zweckmäßig ausgestattete Wohnung unter Benützung aller technischen Vorteile würde der berufstätigen Frau ein behagliches Heim schaffen. Die Wohnung in Untermiete ist auch heute noch als die typische „Junggesellenwohnung“ anzusprechen, weil sie noch ganz auf die Bedürfnisse des Mannes eingestellt ist. Diese Wohnweise kommt größtenteils nur als Durchgangsstadium in Frage. Abgesehen von dem Vorteil, den diese Wohnweise bietet, der weitestgehenden Ungehindetheit, sind die Nachteile für die Frauen nicht unerheblich. Schon allein der hohe Mietpreis wirkt auf die Frau bedrückend. Im allgemeinen erfreut sich die Frau als Mieter keiner besonderen Sympathien, größtenteils werden männliche Mieter bevorzugt, das liegt wohl vielfach an den veralteten Anschauungen der Vermieter. Der Hauptgrund, der diese Wohnweise für die Dauer im allgemeinen ungeeignet macht, ist, daß sie eine Eingliederung in die Lebensweise fremder Menschen bedeutet, eine Anpassung an fremde Gebräuche und fremden Geschmack und — was für Dauermieter von Bedeutung ist — Rettung an fremdes Wohnungsgeld. Die selbstschöpferische Gestaltung des eigenen geselligen Lebens wird dadurch fast unterbunden.

Es wird in Zukunft Aufgabe der berufstätigen Frau sein, mehr als bisher an den Problemen der Wohnungsgestaltung mitzuarbeiten und ihr Recht auf diesem Gebiete geltend zu machen, damit sie selbst mehr Zeit gewinnt für gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Inhalt: Unmöglich gewordene Politik! — Diktatorlasterne Schwereindustrie. — Zum Lohnkampf in der badischen Textilindustrie. — Zum Lohnkampf für die Textilindustrie Ostfachsens. — Nachtarbeit am Spinnereien. — Frauenarbeit. — Der Einzug der Arbeitslosigkeit in Frankreich. — Dokumente aus revolutionärer Zeit. — Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung im Ausland. — Berichte aus Sachreisen. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — U n t e r h a l t u n g s t e i l : Arbeiterleben in Indien.

reich natürlich bedeutend höher. Am 5. November wurden etwa 10.000 Arbeitslose gezählt. Eine Woche später 12.300, zwei Wochen später 13.600. Am 26. November zählte man 15.400 Arbeitslose, am 3. Dezember 16.000, am 10. Dezember 18.500 und in den letzten Dezembertagen 40.000. Die meisten Arbeiterentlassungen kommen im Seine-Departement vor, in dem Paris liegt.

Seit dem 15. Oktober ist natürlich auch ein Wandel im Verhältnis von Arbeitsangebot und -nachfrage eingetreten. Im Oktober konnten noch 16.811 Arbeiter Plätze finden, im November noch 12.681 und jetzt nur noch 8500. Ende November belief sich die Zahl der Arbeitsgesuche, die nicht hatten berücksichtigt werden können, bereits auf 16.126, am 10. Dezember auf 18.315, am 17. Dezember auf 19.440 und in den letzten Dezembertagen auf 20.418. Die meisten unberücksichtigten Arbeitsgesuche stammen auch hier aus dem Seine-Departement. Umgekehrt verhalten sich natürlich die Zahlen der unberücksichtigten Nachfragen nach Arbeitern. Ende November waren 5624 Plätze zu vergeben, am 17. Dezember 5134 und in den letzten Dezembertagen nur noch 4439.

Die französischen Gewerkschaften schlagen die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten vor, so für die Vergrößerung des Straßburger Kanals, für den Ausbau des Pariser Ostkanals, damit dieser die ostfranzösischen Bergwerke mit der Hauptstadt verbinde, und für den im Krieg zerstörten Nordkanal. Allein für diese Arbeiten könnten sich 500.000 Arme regen. Außerdem schlägt Jouhaux, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, vor, daß die Stadtgemeinden Arbeitslosenunterstützungen zahlen sollen, die der Staat mit 33 Proz. zu decken hätte.

Da der Wundkurs nun schon wochenlang unverändert tief bleibt, dürfte die Krise anhalten. Sie wird durch die auslandische Einwanderung verschärft. So kommen jede Woche noch etwa 2000 ausländische Arbeiter nach Frankreich (z. B. vom 10. bis 17. Dezember: 1934 und vom 17. bis 24. Dezember: 2501; von diesen 2501 sind 1234 Polen, 397 Italiener, 256 Tschechen, 129 Spanier und 476 Arbeiter verschiedener Nationalitäten). Nachdem es die französische Regierung vor wenigen Wochen ruhig mit angehen hat, daß der Senat die Einführung der Sozialversicherungen in Frankreich abermals ablehnte, ist natürlich auf sozialem Gebiet von der heutigen französischen Regierung noch weniger zu erhoffen als je.

Dokumente aus revolutionärer Zeit.

Nach einem Originalbericht des Leipziger Spinners Fr. A. Spange aus dem Jahre 1848.

Von Arno K a p p, Leipzig.

Das sächsische Ministerium des Innern verfügte unterm 3. April 1848, daß sich in den Städten in den verschiedensten Gewerken Ausschüsse zur Beratung der Arbeiterinteressen zu bilden hätten. Die Folge dieses Erlasses war die Gründung von Arbeitervereinen, die in ihren Eingaben an Ämtern, städtische und staatliche Behörden die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchten, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.

In dieser Zeit großer Not begannen auch die Leipziger Textilarbeiter sich zu regen.

Am 1. Mai 1848 erschien beim Buchhändler Ludwig Schred die erste Nummer der Leipziger Arbeiterzeitung. Sie öffnete auch den Türen der Leipziger Spinner ihre Spalten und veröffentlichte in den Nummern 1, 7 und 13 einen Bericht des Leipziger Spinners Fr. A. Spange, dem wir folgendes entnehmen:

Bislang schrieb man über Fabriken und über die aus denselben herorgegangenen Erzeugnisse; über die Arbeiter, welche mit ihrer Hände Fleiß, mit ihres Körpers Schweiß dem Fabrikherrn ein Leben in Freude und Wohlstand erst ermöglichten, — über diese Arbeiter, die meist in gedrückten Verhältnissen lebten, war bisher wenig aus Mangel der Öffentlichkeit gekommen. Und fragen wir uns, warum man über die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken und in den Gewerken einen Schleier zu ziehen sich bemühte, warum man die Schriftsteller, die hier mancherlei Unbilden aufdeckten, als staatsgefährliche Subjekte verfolgte, so liegt die Antwort auf all diese Fragen nicht fern: Man fürchtete die Schmach, die in ihrer nackten Wahrheit ans Tageslicht gekommen wäre. Der äußere Glanz großartiger Fabriken wäre, wenn man in sie hineingeleuchtet hätte, darin vor der Sonne der Wahrheit verflücht die sogenannten Rechte des Besitzums aber gefährdet worden.

An uns Arbeitern ist es nun, die Bohlart dieser neu heranzubrechenden Zeit zu genießen. Öffentlichkeit!! Sagen wir der Welt, wo uns der Schuß drückt!

Und so möge zum Verständnis der damaligen Arbeiterverhältnisse ein Originalbericht, schmerzlos verfaßt, von einem Arbeiter der 48er Bewegung, folgen!

„Der Fabrikarbeiter der 48er Jahre gehörte unstreitig zu den gedrücktesten der arbeitenden Klasse, zumal, wenn er in Fabriken arbeitete, deren Erzeugnisse durch Maschinen herorgebracht wurden. So mußte z. B. der Wollspinner täglich 12 bis 13 Stunden arbeiten, und zwar mit kaum angemessener Erholung während dieser langen Zeit. Er war der Anwalt seiner Maschine, die, durch Dampf getrieben, von ihm nicht willkürlich angehalten werden konnte. Man frag ihn nicht: willst du frühstücken, willst du wesperrn! Die Maschine arbeitete fort, und er mußte seinen Willen Brot während der Arbeitszeit verschlucken. Und dann endlich er am Abend müde und matt oft stundenweit nach Hause. Die kurze Zeit der Ruhe brachte ihm nicht die nötige Stärkung. Mit ging er des Morgens müder und matter zur Arbeit, als wie er sie am Abend vorher verlassen. Das mußte ihm die Lust an der Arbeit verderben.

Je schärfer die Arbeit, desto mehr galt es, sich zu plagen, desto weniger verdiente er, da er meist nicht auf Wochenlohn, sondern auf Stück arbeitete. — Die vielen Reparaturen an unzulänglichen Maschinen hatten Ferkelstunden zur Folge, die nicht bezahlt wurden. Niemand fragte ihn, wie er während dieser Zeit, in der die Maschine nicht lief, seinen Hunger stillte. Wenn er nicht mit den Seinen hungern mußte, so es das Verkommen durch doppelt angelegte Löhner wieder umkehrte!

Von Jahr zu Jahr war der Spinnstuhl herabgeleitet worden, so daß er kaum die Höhe des früher gezahlten betrug. Um dies auszugleichen, versuchte man die Schnelligkeit der Maschine durch die vermehrte Umdrehung des Arbeiters dabei in Bewegung zu setzen.

Die Arbeiter mußten eine unermüdete Schindlung von Seiten der Aufsicht und der Fabrikverwaltung erdulden. In bezug auf die Gesundheit der Arbeiter wurde gar keine Rücksicht genommen. Die Fabrikmeister wollten nur die Produktion steigern, und zwar aus unedelm Gründen: Die Fabrikmeister wollten nicht der Natur, sich zu beugen, und die Natur, um Lohn zu geben zu lassen. Er wollte weiter, daß das Fabrikwerk nicht stillstand, wenn ein Arbeiter in erster Linie krank wurde, so wurde er in zweiter Linie „Mensch“ im Grunde für die Fabrik als Mensch verloren.

Es mußte die Natur der Natur an keiner Stelle nachgeben, es mußte, weil es mußte, was die Sorge uns täglich Brot ihn

zwang. Aus Liebe zum Geschäft, aus Liebe zu seinem Arbeitgeber und so das Geschäft mit haben zu helfen durch Interesse am Arbeitsprozeß, damit der kleinste Vorteil benutzt werde, um durch- aus taubfreie Erzeugnisse aus der Fabrik herorzubringen, damit der Glanz des Geschäfts den guten Ruf desselben immer mehr und mehr verbreitete, konnte man dem geknechteten, mit Geringschätzung behandelten Arbeiter nicht zumuten.

Hätten die Unternehmer an ihren Arbeitern edler gehandelt, so würden sie es jetzt nicht erleben, daß man sie mit Recht öffentlich rügt. Neben einem geringen Lohn, den der Spinner sich mühsam unter Aufbringung aller Kräfte erringen mußte, stellte man in den meisten Fabriken der damaligen Zeit an die verarmten Arbeiter die ungerechten Forderungen, daß sie sich verschiedene zu ihrer Beschäftigung nötigen Materialien selbst halten mußten. Hierher gehörten die Beleuchtungsstoffe für die Abendarbeit und das Maschinenöl. Den Verkaufsprofit hatte der Unternehmer noch obendrein.

Da nun der Lohn des Fabrikarbeiters ohnehin schon gering war und durch solche Ungerechtigkeit noch mehr verringert wurde, war er gezwungen, wenn er Familie hatte, seine armen Kinder schon im zartesten Alter mit in die Fabrik zu nehmen. Der Fabrikherr nutzte die Gelegenheit aus. — Um die Kinder stets bei der Hand zu haben, erhielten die armen Kleinen gleich in der Fabrik den Unterricht. Die bedauernswerten Kinder mußten allen Mühsen und Freuden der Jugend entzogen und verkümmerten an Körper und Geist.

Im Winter mußte der Spinner die Flüsse eisen, damit das Triebwerk der Fabrik keinen Stillstand erlitt. Diese Arbeit galt als Fronddienst. Bei strenger Kälte mußten die Arbeiter täglich frühmorgens erst einige Stunden eisen, und wollten sie die verlorene Zeit wieder einbringen, galt es, bis beinahe Mitternacht zu arbeiten.“

Sollen sich derartig unwürdige Zustände nicht wiederholen, gilt es, sich in einer großen Organisation zusammenzuschließen. Nur so wird man heute sich ein menschenwürdiges Dasein schaffen können. Darum: hinein in den Textilarbeiterverband!

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung im Ausland.

Die letzten Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften über eine Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge haben die Bemühten nicht nur der Erwerbslosen selbst, sondern der gesamten Arbeiterchaft in große Erregung gebracht. Es soll hier an dieser Stelle nicht auf die fadenstehende Politik der Arbeitgeber, die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen möglichst niedrig zu halten, eingegangen werden. Gerade bei den letzten Kämpfen um die Höhe der Unterstützung dürfte es sehr interessant sein, einmal festzustellen, wie andere Länder und Staaten ihre Arbeitslosen unterstützen. Auf diese Weise kann man einen Vergleich zwischen Deutschland und diesen Ländern ziehen. Vorausgeschickt sei, daß wohl die meisten der Industrieländer durch irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen die Fürsorge für die Erwerbslosen geregelt haben. Diese Regelungen sind freilich ganz verschieden. Während in einer Anzahl Länder Zwangsversicherungsgesetze gegen Arbeitslosigkeit bestehen, wie es z. B. auch der deutsche Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung vorsieht, haben andere Staaten nur freiwillige und privatverwaltete Arbeitslosenkassen, zu denen meist ein Zuschuß aus öffentlichen Mitteln geleistet wird. In den folgenden Zeilen soll einmal, ohne auf die Systeme der einzelnen Fürsorge- oder Versicherungseinrichtungen einzugehen, die Höhe der gezahlten Unterstützungen im Verhältnis zum Arbeitslohn betrachtet werden.

Die jetzige deutsche Erwerbslosenfürsorge zählt, wie ja allgemein bekannt ist, die Unterstützung in einem Einheitslohn, der keine Rücksicht auf den früheren Verdienst des Unterstützten nimmt, aus. Es bestehen lediglich Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgebieten, Ortsklassen, Altersklassen usw. Zu diesem Einheitslohn kommen noch sogenannte Familienzuschläge, die sich nach den familiären Verhältnissen der Arbeitslosen richten. Der neue Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung bricht mit diesem System und schlägt eine Staffelung der Arbeitslosen und damit der Unterstützung in fünf Lohnklassen vor. In jeder Klasse wird zur Bemessung der Unterstützung ein sogenannter Einheitslohn festgelegt. Die Hauptunterstützung soll 40 Proz. dieses Einheitslohnes betragen. Für jeden Familienangehörigen soll zu diesem Grundbetrag noch eine Steigerung von 5 Proz. des Einheitslohnes kommen. Die Arbeitslosenunterstützung darf jedoch insgesamt nicht 65 Proz. des Einheitslohnes übersteigen. Es ist noch sehr fraglich, ob der Entwurf in seiner jetzigen Fassung durchkommen wird. Es soll deshalb auf denselben und auch auf die Zweckmäßigkeit der Staffelung in Lohnklassen hier nicht weiter eingegangen werden.

In Großbritannien ist die Arbeitslosenunterstützung ebenfalls für alle Berufsgruppen einheitlich, sie ist lediglich nach Alter, Geschlecht und Familienstand des Unterstützten abgestuft. Italien, welches jetzt unter einem Währungsverfall zu leiden hat, bezahlt infolge der mangelnden Gesetzgebung, die sich der Inflation nicht angepaßt, wohl die niedrigsten Unterstützungssätze. Die Versicherung ist in drei Lohnklassen eingeteilt, in denen je 1,25 Lire, 2,50 Lire und 3,75 Lire pro Tag gezahlt wird. Nach den heute in Italien gezahlten Löhnen macht diese Unterstützung etwa 15 bis höchstens 20 Proz. des Arbeitsentgeltes aus. Bestimmte Unterstützungssätze für Sowjetrußland anzugeben, hält schwer, da die Arbeitslosen neben der baren Unterstützung noch eine ganze Reihe sonstiger Vorteile genießen. (Billige Verpflegung, Erlass von Miete usw.) Nach ungefähren Schätzungen dürfte die gesamte Arbeitslosenunterstützung einschließlich aller sonstigen Vorteile etwa 27 bis 60 Proz. des Arbeitsentgeltes ausmachen, als Durchschnittssatz kann 43 Proz. angenommen werden. In Polen erhalten alleinstehende Arbeitslose 30 Proz. des Arbeitslohnes als Unterstützung. Bei Erwerbslosen mit Familie steigt dieser Betrag bis auf 50 Proz. des Verdienstes. Da das Gesetz jedoch nur Tagesdienste bis zu einer bestimmten Höhe berücksichtigt, der wirkliche Lohn dagegen in vielen Fällen höher ist, so macht die Unterstützung vielfach einen niedrigeren Prozentsatz des wirklich gewährten Lohnes aus. O e s t e r r e i c h hat in bezug auf die Höhe der Unterstützung ziemlich verwickelte Bestimmungen. Die Unterstützung richtet sich in diesem Lande nach dem Krankengeld. Für ledige Arbeitslose beträgt die Unterstützung 110 Proz. des Krankengeldes, für jeden Familienangehörigen kommt noch ein Zuschlag von 5 Proz. dazu. Ein besonderes Gesetz jedoch besagt, daß die Arbeitslosenunterstützung insgesamt nicht 80 Proz. des zuletzt bezogenen Lohnes übersteigen darf. In der Schweiz, welche kein einheitliches Arbeitslosenfürsorgegesetz kennt, dürften die einzelnen Arbeitslosenkassen nicht mehr als 60 Proz. des Arbeitsverdienstes als Unterstützung gemähren, abgesehen der Erwerbslose andere Personen (Familie usw.), so steigt die Unterstützung bis auf 60 Proz. Norwegen zahlt als Unterstützung höchstens 50 Proz. des üblichen Berufs- oder Erwerbseinkommens. Eine höhere Unterstützung gewährt Spanien, nämlich 60 Proz. des im Beruf des Arbeitslosen üblichen Lohnes. Die Schweiz hat im Beruf des Arbeitslosen üblichen Lohnes. Die Schweiz hat im Beruf des Arbeitslosen üblichen Lohnes.

Aus dieser Zusammenstellung läßt sich erkennen, daß die Unterstützungshöhe in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist. Bemerkenswert ist jedoch, daß ausnahmslos alle Länder eine höhere Unterstützung zahlen, als sie ausgerechnet die Erwerbslosenfürsorge in Deutschland vorsieht. Alle übrigen Länder übertreffen Deutschland in dieser Beziehung. Dies ist um so bedauernswerter, als früher Deutschland eine ganze Zeitlang auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung den anderen Ländern als Vorbild diente. Auch wenn der deutsche Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung endlich in seiner jetzigen Fassung verabschiedet werden sollte, so ist der darin

vorgesehene Unterstützungssatz in Höhe von 40 Proz. des Einheitslohnes noch niedriger wie in vielen anderen Ländern. Wenn in anderen Ländern die Zahlung einer höheren Unterstützung möglich ist, warum nicht auch in Deutschland? Oder will man die Behauptung aufstellen, daß in anderen Ländern die Wirtschaftslage besser ist als bei uns? Die deutschen Proletarier sehen aus dieser Zusammenstellung, daß eine höhere und auskömmlichere Unterstützung der Arbeitslosen wohl möglich und auch durchführbar ist! —

Berichte aus Sachreisen.

Forst (Caußig). Ein besonders pflichtgetreuer Kassierer ist der Kollege Wilhelm Kuback. Mehr als 25 Jahre lang bekleidet er dieses Amt zur vollsten Zufriedenheit der Verbandsleitung und der Mitglieder. Trotz seiner 65 Jahre kassiert er jede Woche pünktlich und gewissenhaft die Beiträge der Mitglieder seines Bezirkes, die Mühe nicht scheuend, Mitglieder, die er das erste und zweitemal nicht antrifft, das drittemal aufzusuchen und den Verbandsbeitrag zu erheben. In gerechter Würdigung seiner Verdienste überreichte ihm die hiesige Verbandsleitung im Auftrage des Hauptvorstandes und der hiesigen Ortsverwaltung am Vorabend des Weihnachtsfestes ein schönes Anerkennungsgeschenk. Möge unser Kollege Kuback noch viele Jahre unserer Mitgliedschaft in körperlicher und geistiger Frische das Vorbild eines pflichtgetreuen Gewerkschaftsfunktionärs sein.

Lauban. Am 8. Dezember veranstaltete die Frauengruppe, einem langerehnten Wunsch der Kolleginnen nachkommend, eine kleine Weihnachtsfeier. Die zweite Vorsitzende eröffnete in Vertretung der Kollegin Beier den Abend. Sie sprach den Wunsch aus, daß das gefellige Beisammensein uns untereinander näher bringen möge, um auch an Vortragsabenden gemeinsam über Frauenfragen zu beraten, im Interesse der Organisation zu wirken. Eingedenk des Schwanengeschnittes brachte die Kollege Liebig das Gedicht „Den verwehenden Mitternächtern“ zum Vortrag. Der Kollege Jäckel mit der Jugend hatte das Programm zur Ausführung übernommen. Und nun wechselten heitere und ernste Sachen einander ab. Einen Hauptplatz machten die kleinen Scherzpakete, von denen jede Kollegin eins erhielt. Im Schlußwort richtete die Kollegin die Bitte an alle, im neuen Jahr auch die Frauenabende so zu besuchen, wie dies am heutigen Abend der Fall war.

Mühlhausen (Thür.). Unsere Subkassierer am 11. Dezember in Eisenharbts Lokal nahm, wie vorausgesehen war, unter starer Teilnahme der Mitglieder einen prächtigen Verlauf. Das Lokal erwies sich trotz der schweren wirtschaftlichen Sorgen und obwohl es sich in der Hauptphase um einen bestimmten Kreis handelte, als viel zu klein. Das Künstler-Trio unter Einfluß der beiden Kapellmeister Dittmar und Hartung erreichte mit den Programmnummern Duverrière zu „Dichter und Bauer“, Liebestraum, Intermezzo, Popourri aus „Fiebersmaus“, Duverrière zu „Am Reich des Indra“, Dreimäderlhaus und Popourri aus dem „Bogelhändler“ lebhaften Applaus. Reichen Beifall erntete auch unsere Jugendgruppe und deren statische Musikdarstellung. Den stärksten Anteil an diesem Erfolg muß man in erster Linie den beiden Jugendleitern Adolf Eisenhardt und Hermann Michel zusprechen. Den Höhepunkt erreichte der Abend, als Gauleiter Kollege Edel, Kassel, am Kadnerputz erschien und in einer Ansprache, die zu Herzen ging, eine große Anzahl von Mitgliedern, die ein Menschenalter im Dienste der Organisation stehen und in diesem Dienste alt und grau geworden sind, beglückwünschte. Er erinnerte an das Sozialistengesetz und an den Postkutschel der neunziger Jahre und betonte, daß damals ein starker Glaube an die heilige Sache der Arbeiterbewegung notwendig gewesen wäre. Wenn manches erreicht und inzwischen wieder zu unseren Ungunsten verschoben sei, so läge durchaus kein Grund vor, mutlos in die Zukunft zu schauen. Wenn heute der bekannte Dr. Horst auch intensio am Werke sei, die Arbeiterchaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu versklaven, so könne dies jenem nur soweit gelingen, als die Textilarbeiterchaft sich dies gefallen ließe. Edel schloß: Dank an die Subkassierer für treue Mitgliedschaft, Dank für den Organisationsdienst, Dank für die treue Mitarbeit, und überreichte hierauf jedem Jubilar die vom Hauptvorstand gestifteten Ehrenurkunden. Im Namen und im Auftrag der Jubilar nahm Kollege Traub die das Wort und dankte für die erfolgte Ehrung. Der dann einsetzende Ball hielt Jubilar und Festteilnehmer in der fröhlichsten Laune noch einige Stunden zusammen. Alles in allem ein wohlgelungener Abend, der in der Geschichte der örtlichen Textilarbeiterbewegung nicht zu verwischen sein wird.

Berichtigung.

Der Druckfehlerteufel hat uns in unserem Neujahrswunsch einen Streich gespielt, den wir hiermit berichtigen wollen. Es heißt in demselben: Allen unseren Funktionären usw. Es muß festerstänblich heißen: Allen unseren Mitgliedern und Funktionären usw. Wir bitten dies zu beachten. Der Vorstand.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 16. Januar ist der Beitrag für die 2. Woche fällig

- Bekanntmachungen.**
- Gau Barmen. Bochum. K: Hans Donner, Bochum, Tranngasse 18.
 - Rastätten. V: Georg Groß, Rheintr. 16.
 - Gau Stuttgart. Ura. G. Lotterer ist zur Kassierer. Das Wort „Geschäftsführer“ ist zu streichen.
 - Gau Gera. Schmölln. V: Fanny Bernschneider, Goetheplatz 18. K: Richard Lohr, Schulstr. 10.
 - Weida. Die Geschäftsstelle ist jetzt: Lumaer Str. 8 (Telephon 429).
 - Gau Dresden. Löbau. V u. Geschäftsführer: Ernst Pascher, Hausenstr. 2 (Telephon 2940).
- Totenliste.**
- Geftorbene Mitglieder.**
- Deimenhorst. Johann Tablen, Johann Harst, Meta Relis, Joh. Harnis, Anton Neumich, Dürren. Hubert Distenich, Welenau. Elisabeth Diez, Wilt. Ullig.
 - Gera. Ida Leichmann, Richard Dähler, Friedrich Tunger.
 - Kamenz. Oskar Epiger.
 - CSbau. Hermann Bister, Julius Wierche.
 - Zillertal im Riesengeb. Paul Brüdner, Anna Kahl, Martha Breuer, Marie Müßiger, Frieda Richter.
 - Chre in ihrem Andenken!
- Adressenänderungen.**
- Gau Kassel. Schlotheim. V: Paul Burthardt, Difr. 8.

Verlag: Carl Schick in Berlin, Remeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Preker in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.